

Aufruf

zur Demonstration gegen Hass, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit – für unsere Grundwerte und die Verteidigung unserer Demokratie

26.02.2016, 17:45 Uhr, St. Nicolaikirche Oranienburg

Deutschland hat gegenwärtig die größten Herausforderungen seit Jahrzehnten zu bewältigen.

Ursache dafür ist der enorme Zustrom von Menschen aus vielen Teilen der Welt, die vor Krieg, Verfolgung, Terror und Not fliehen.

Allein 2015 kamen 1,1 Mio Menschen zu uns. Es ist nicht erkennbar, dass die Flüchtlingszahlen zukünftig geringer werden. Auch wenn die Zahl der jungen Menschen für unsere überalterte Gesellschaft Chancen bieten kann, so bringt sie auch Probleme mit sich, auf deren Lösung unsere Gesellschaft schlecht vorbereitet ist. Das versuchen Extremisten für sich zu nutzen, um unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat zu unterwandern und zu bekämpfen.

Das dürfen und werden wir nicht dulden! Unser entschiedenes „Nein!“ gilt ebenso Rechtsextremisten, die eine generelle Fremdenfeindlichkeit schüren, wie auch allen Anderen – unabhängig von ihrer Nationalität und Weltanschauung - die unsere staatliche Ordnung ablehnen und gegen unser Grundgesetz verstoßen. Dazu gehören auch Übergriffe, die von Migrant*innen ausgehen und eine Missachtung unserer gesellschaftlichen Grundwerte bedeuten. Aus Verantwortung für das, was uns wichtig ist, muss der Rechtsstaat mit Entschiedenheit darauf reagieren.

Es löst dabei keine Probleme, wenn uns Abend für Abend in Talkshows von Experten und Verantwortungsträgern erklärt wird, was mit ihnen nicht zu machen sei, statt endlich zu handeln, um die Probleme, die ihre Ursache im enormen Anstieg der Zuwanderung nach Deutschland haben, zu lösen.

Die Bundespolitik darf sich nicht länger auf die Position „Ihr schafft das schon!“ zurückziehen und uns, die wir uns redlich um ein friedliches und gutes Miteinander von Deutschen und Geflüchteten bemühen, allein lassen.

Um es aber gemeinsam schaffen zu können, brauchen wir endlich klare Konzepte für Integration und Zuwanderung. Das muss, neben der finanziellen Unterstützung von Bundesländern, kommunalen und ehrenamtlichen Initiatoren, auch klare gesetzliche Regelungen über den Umfang der finanziellen Zuwendungen zur Schaffung der benötigten bezahlbaren Wohnungen und von kurzfristig erforderlicher sozialer Infrastruktur enthalten. Ebenso brauchen wir schnellstens ein Integrationsgesetz und das notwendige Personal in Verwaltung, Sozialbereich, Justiz und Polizei, um die Einhaltung und Durchsetzung der Gesetze und Verordnungen sicherzustellen.

Aus Überzeugung für unsere Grundwerte und der Achtung von Menschenrechten aus Verantwortung für ein friedliches Deutschland rufen wir für den 26. Februar 2016 um 17:45 Uhr an die Nicolaikirche zu einer Demonstration zum Oranienburger Schlossplatz auf!

Mit Kerzen, Fahnen und Transparenten wollen wir auch für ein schnelles entschiedenes Handeln unserer Bundespolitik demonstrieren.

Hans-Joachim Laesicke, Bürgermeister der Stadt Oranienburg
Friedemann Humburg, Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Oranienburg
Uwe Feiler, Mitglied des Bundestages (CDU)
Björn Lüttmann, Mitglied des Landtages Brandenburg (SPD)
Holger Mücke, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ralph Bujok, Fraktionsvorsitzender Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung
Dirk Blettermann, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Stadtverordnetenversammlung
Werner Mundt, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Stadtverordnetenversammlung
Freie Wähler Oberhavel
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Stadtverordnetenversammlung
Horst-Peter Stein, Kreisvorsitzender der FDP Oberhavel
Christian Erhardt, Generalsekretär der FDP in Brandenburg
SPD Oberhavel